

## Thema des Monats

### Lärminderung für Stadtstraßen



v. l.:  
Prof. Dr. Warmbold,  
Quakenack,  
Drüschner, Pott,  
Prof. Wistuba,  
Dr. Vogelsang

(brb).-Möglichkeiten zum Bau lärmgeminderter Straßen in Kommunen im Rahmen des Konjunkturprogramms II der Bundesregierung zeigte eine gemeinsame Informationsveranstaltung des Bauindustrieverbandes Niedersachsen-Bremen und des Niedersächsischen Städtetages am 15. September 2009 in Hannover auf. Präsident Prof. Dr.-Ing. Rolf Warmbold vom Bauindustrieverband und Oberbürgermeister Heiner Pott, Vizepräsident des Niedersächsischen Städtetages, konnten dazu zahlreiche Fachleute aus kommunalen Tiefbauämtern, Straßenbauunternehmen und Mischwerken begrüßen.

Prof. Warmbold unterstrich insbesondere den Rahmen der aufgezeigten Investitionsmöglichkeiten aufgrund der gesetzlichen Vorgaben und der Grundgesetzänderung in Artikel 104 b. Die Einschränkungen im Zukunftsinvestitionsgesetz für kommunale Straßen auf Lärmschutzmaßnahmen sind weiter zu berücksichtigen. Das Niedersächsische Innenministerium habe darauf hingewiesen, dass die Begründung für die Maßnahme die Zielsetzung Lärmschutz erkennen lassen müsse. Dies sei beim Austausch des Großsteinpflasters gegen Asphaltfahrbahndecken und einer Vorgabe

der Lärminderung mit ungefähre Dezibelangabe sowie bei der Sanierung lärmverursachender Fahrbahnteile, wie Schachtdeckel und Straßenbahngleisplatten, gegeben.

Dr. Berthold Vogelsang, Niedersächsisches Ministerium für Umwelt und Klimaschutz, zeigte auf, wie Lärmschutz durch Straßenbau erreicht werden kann. Prof. Dr.-Ing. Michael P. Wistuba, Institut für Straßenwesen, TU Braunschweig, berichtete über die wissenschaftliche Entwicklung von Asphaltdeckschichten zur Lärminderung. Dipl.-Geologe Malte Quakenack von der Dr. Moll GmbH & Co. KG nannte Maßnahmen zur Umsetzung von lärmtechnisch optimierten Bauweisen und verwies auf bereits in Deutschland realisierte lärmindernde Asphaltdecken. Der Vortrag von Dipl.-Ing. Lothar Drüschner, DEUTAG GmbH & Co. KG, verdeutlichte, dass Innovationen im Regelwerk den neuen Asphaltmischgutkonzepten zur Absenkung der Radimmissionen nicht entgegenstehen. Die Veranstalter hoffen, dass die vielfältigen Anregungen der Informationsveranstaltung auch in der kommunalen Praxis umgesetzt werden.

### Möllring zum Konjunkturpaket:

(brb).-Eine positive Bilanz der Konjunkturpakete I und II hat Finanzminister Hartmut Möllring gezogen (siehe auch Interview auf S. 3). Ein halbes Jahr nach dem entsprechenden Beschluss des Landtags über die „Initiative Niedersachsen“, wie das Konjunkturpaket II hierzulande genannt wird, seien bereits über 2500 Vorhaben gemeldet worden, 1000 mehr als vor einem Monat. Mit einem Volumen von

840 Millionen Euro seien das mehr als 60 Prozent des in Niedersachsen beabsichtigten Investitionsvolumens. Möllring verwies auf das breite Spektrum der Vorhaben, das von der Anschaffung von Laptops oder kleineren baulichen Maßnahmen bis zu umfangreichen energetischen Sanierungsmaßnahmen mit einem Volumen von mehreren Millionen Euro reiche. Genauso wichtig wie Schnelligkeit und Wirksamkeit in der Fläche sei es, dass das Programm allen Unternehmen,

Fortsetzung auf Seite 2

#### 1 Thema des Monats:

Lärminderung für Stadtstraßen

Möllring zum Konjunkturpaket

#### 2 Kommentar:

Konjunkturelle Halbjahresbilanz der Bauwirtschaft in Niedersachsen und Bremen

Durchwachsen

#### 3 Forum Nord:

Möllring zieht Bilanz

Interview mit Hartmut Möllring, Niedersächsischer Finanzminister

#### 4 Trends und Märkte:

Initiative für mehr Wohnungsbau in Deutschland

Baukonjunkturdaten Niedersachsen/Bremen

1. Halbjahr 2009 im Vergleich

Impressum



## Nachrichten und Kommentar:

### Konjunkturelle Halbjahresbilanz der Bauwirtschaft in Niedersachsen und Bremen

(brb).-Die öffentlichen Bauaufträge wirken zumindest in Niedersachsen derzeit stabilisierend, können aber die drastischen Einbrüche im Bereich des Wirtschaftsbaus nicht kompensieren. Das ist nach Einschätzung des Bauindustrieverbandes Niedersachsen-Bremen die Kernaussage, die sich aus den statistischen Daten des Landesbetriebes für Statistik und Kommunikationstechnologie Niedersachsen sowie des Statistischen Landesamtes Bremen für die Halbjahresbilanz 2009 ableiten lässt.

In beiden Bundesländern ist im ersten Halbjahr 2009 die Bauproduktion – gemessen in geleisteten Arbeitsstunden –

mit minus 10,8 Prozent in Niedersachsen und minus 13,8 Prozent in Bremen deutlich eingebrochen. Betroffen waren hiervon sowohl der Hochbau als auch der Tiefbau, wobei sich die Entwicklung im erstgenannten Bereich deutlich schlechter darstellte. Differenzierter ist die Situation bei den Auftragseingängen zu betrachten, die im Verbandsgebiet insgesamt um 4,8 Prozent zurückgingen. Hier waren im gewerblichen Hochbau, der zusammen mit dem gewerblichen Tiefbau im Jahr 2008 einen Anteil von 50,3 Prozent am gesamten Auftragsvolumen der Bauwirtschaft in Niedersachsen und Bremen hatte, mit minus 23 Prozent und in Bremen mit minus 73 Prozent drastische Einbrüche zu verzeichnen. In Niedersachsen wurden diese durch einen Auftragszuwachs im Bereich des öffentlichen Hochbaus von 37 Prozent zumindest zu einem Teil kompensiert. Anders stellt sich die Situation in Bremen dar. Dort fiel der Rückgang im Bereich des öffentlichen Hochbaus mit minus 65 Prozent fast so hoch aus wie im Wirtschafts-

bau. Gegen den Trend konnten die Auftragseingänge im Bereich des Tiefbaus in Niedersachsen mit 2,9 Prozent und in Bremen mit immerhin noch 0,9 Prozent zulegen. Zurückzuführen war dies in Niedersachsen auf ein Auftragsplus im Straßenbau von 24 Prozent, wo hingegen in Bremen der vom öffentlichen Bau dominierte sonstige Tiefbau mit einem deutlichen Zuwachs von 54 Prozent die Bilanz aufhellen konnte.

Mit einer raschen Erholung des Wirtschaftsbaus ist nicht zu rechnen. Dies weisen die statistischen Zahlen über die erteilten Baugenehmigungen aus, dem Frühindikator für die Hochbaunachfrage.

Hier ist im Verbandsgebiet für den Bereich des Nichtwohnbaus im ersten Halbjahr insgesamt ein Rückgang von fast 35 Prozent zu verzeichnen, wobei dieser in Bremen mit minus 62 Prozent doppelt so hoch ausfiel wie in Niedersachsen mit minus 31 Prozent.

(s. auch S. 4)

Fortsetzung von Seite 1

unabhängig von ihrer Größe, offen stehe. „Das ist uns gelungen“, sagte der Finanzminister. Als eines der größeren Vorhaben nannte er die energetische Sanierung der Gottfried Wilhelm Leibniz Bibliothek in Hannover im Umfang von rund drei Millionen Euro, mit der jetzt begonnen werden sei. Eine gleich große Summe werde auch für die Sanierung des historischen Hauptgebäudes seines eigenen Ministeriums veranschlagt, mit der ebenfalls in diesen Tagen begonnen werde. Wie es weiter heißt, haben rund 80 Prozent der Kommunen inzwischen mit ihren Vorhaben angefangen. Vor einem Monat war dies lediglich die Hälfte der Kommunen. Kultusministerin Elisabeth Heister-Neumann hat ebenfalls ihre Zahlen für die Projekte des Konjunkturpakets II bekannt gegeben. Demnach wurden von den insgesamt 139 Millionen Euro für die energetische Sanierung an den Schulen inzwischen 48 Millionen bewilligt; von den zur Verfügung stehenden 41 Millionen Euro für die Medienausstattung der Schulen sind es derzeit 32,8 Millionen Euro.

### Durchwachsen

(brb).- Es ist eine überaus ernüchternde Zwischenbilanz. Nahezu überall steht ein dickes Minus. Das Pluszeichen hat Seltenheitswert in diesem Zahlenwerk. Die Bauproduktion ist in den ersten sechs Monaten dieses Jahres deutlich eingebrochen. Den Hochbau hat es nach den Daten der amtlichen niedersächsischen und bremischen Statistiker noch schmerzhafter erwischt als den Tiefbau. Und gerade im Wirtschaftsbau ist mit einer raschen Erholung nicht zu rechnen.

Immerhin gibt es ein paar helle Lichtstreifen am Horizont. Finanzminister Hartmut Möllring ist recht zufrieden mit den Konjunkturpaketen I und II: Mehr als 60 Prozent des vorgesehenen Investitionsvolumens sind inzwischen verplant. Und er hält es für die notwendige Stabilisierung der Wirtschaft für besonders wichtig, dass hierzulande mittlerweile 80 Prozent der Kommunen mit der Verwirklichung ihrer Vorhaben begonnen haben. Ende Juli hatten das erst 50 Prozent geschafft.

Man weiß ja, staatliche Fördermaßnahmen benötigen jedes Mal lange Vorlaufzeiten, bis sie tatsächlich wirksam werden, und die vorhandenen Mittel fließen anfangs nur sehr zäh ab. Doch es wird mehr und mehr spürbar, dass die Konjunkturprogramme der Bundesregierung zu greifen scheinen. Ein Großteil der vom Bundestag für Investitionen bereitgestellten Gelder, mehr als 20 von 23,6 Milliarden Euro, sind bereits einzelnen Projekten zuzuordnen und damit praktisch vergeben.

Aber Vorsicht, abgerechnet wird erst, wenn ein Bauvorhaben beendet ist. Vorher laufen die Planungen, müssen nicht selten langwierige Beschluss- und Genehmigungsverfahren abgewartet werden, werden die Ausschreibungen und die Auftragsvergaben vorgenommen. Das dauert Wochen oder gar Monate. Und bis die Mittel aus dem staatlichen Fördertopf am Ende dem Konto des ausführenden Unternehmens gutgeschrieben wird, vergeht noch einmal viel Zeit – Zeit, die bekanntlich Geld ist.



## Möllring zieht Bilanz

(brb).-Im Gespräch mit Minister Hartmut Möllring, Niedersächsischer Finanzminister

**Baurundblick:** Können Sie das Konjunkturpaket aus Sicht des Niedersächsischen Finanzministers als Erfolg bezeichnen?



**Hartmut Möllring:** Ja, eindeutig. In Niedersachsen wurden bisher über 2.700 Vorhaben mit einem Volumen von 880 Millionen Euro als begonnen gemeldet (Stand 01.09.2009). Das

entspricht zwei Dritteln des Gesamtvolumens. Dabei muss berücksichtigt werden, dass das Konjunkturpaket II erst vor einem halben Jahr vom Bundestag und vom Niedersächsischen Landtag beschlossen wurde! Das zeigt doch, dass das Konjunkturpaket auf allen Ebenen schnell und unbürokratisch umgesetzt wird. Vor allem die pauschale Zuweisung von 600 Millionen Euro an die Kommunen, für die sich nur noch Nordrhein-Westfalen und Brandenburg entschieden haben, ist ein Erfolgsmodell. Denn es ist kein formelles Antragsverfahren erforderlich. Planung und Durchführung erfolgen direkt vor Ort.

**Baurundblick:** Ist sichergestellt, dass die zur Verfügung stehenden Mittel rechtzeitig und umfassend abfließen?

**Hartmut Möllring:** Niedersachsen liegt auch beim Mittelabfluss in der Spitzengruppe und belegt mit einem bis zum 15.08.2009 abgerufenen Betrag von 16,43 Millionen Euro Platz 2 hinter Nordrhein-Westfalen, das mit 21,16 Millionen Euro den ersten Platz belegt. Vor dem Hintergrund, dass innerhalb eines halben Jahres nach dem Start des Konjunkturpaketes II bereits Vorhaben in Höhe von zwei Dritteln des Gesamtvolumens begonnen worden sind, ist sichergestellt, dass die Vorhaben zügig abgewickelt werden und natürlich in Abhängigkeit von der Rechnungsstellung durch die ausführenden Unternehmen auch die Mittel innerhalb

des vorgegebenen Zeitraums abfließen werden.

**Baurundblick:** Welche Erfahrungen haben Sie im Zusammenhang mit dem Konjunkturpaket II mit den vergaberechtlichen Sonderregelungen gemacht?

**Hartmut Möllring:** Die Erleichterungen bei der Vergabe staatlicher Bauaufträge haben zum Ziel, die Umsetzung der im Konjunkturpaket II vorgesehenen Investitionen im Bereich des staatlichen Hochbaus zu beschleunigen, indem die Aufträge schnell erteilt werden können, um den Unternehmen und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Arbeit zu sichern. Probleme mit den vergaberechtlichen Sonderregelungen sind mir bisher nicht bekannt geworden. Sowohl Auftraggeber als auch Auftragnehmer bewerten diese Erleichterungen überwiegend positiv.

**Baurundblick:** Anlässlich Ihres Vortrages im Rahmen der Messe „Public Infrastructure“, hatten Sie in Aussicht gestellt, dass das Land Niedersachsen neben der JVA Bremervörde im Falle positiver Ergebnisse von Machbarkeitsstudien weitere Projekte, wie z. B. den Neubau des Landeskriminalamtes und mehrere Vorhaben aus dem Bereich des Hochbaus als PPP-Projekte realisieren möchte. Haben sich diese Überlegungen im Rahmen der Umsetzung zwischenzeitlich konkretisiert?

**Hartmut Möllring:** Die niedersächsische Landesregierung hat im Februar 2009 ein Arbeitsprogramm „ÖPP und Contracting“ beschlossen, in dem für die Justizvollzugsanstalt Bremervörde und vier weitere Projekte die ÖPP-Eignung überprüft werden sollte. Zum Teil liegen Die Ergebnisse dieser Eignungsprüfung liegen bereits teilweise vor, so zum Beispiel für das Landeskriminalamt Niedersachsen, das die Eignungskriterien erfüllt. Neben dem Nachweis der Eignung und einer ersten Einschätzung der Wirtschaftlichkeitseffekte ist in einem nächsten Schritt die Haushaltsverträglichkeit zu beurteilen. Auch wenn ÖPP-Projekte zeitverzögert haushaltswirksam werden, ist vor einem möglichen Vergabeverfahren eine haushaltsmäßige Absicherung notwendig. Die dafür erforderlichen Grundlagen werden zurzeit ermittelt.

## Initiative für mehr Wohnungsbau in Deutschland

(brb).-Anfang September haben die drei Tarifvertragsparteien – Hauptverband der Deutschen Bauindustrie, Zentralverband des Deutschen Baugewerbes und Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt – eine gemeinsame Initiative für mehr Wohnungsbau in Deutschland vorgestellt.

Die deutsche Wohnungsproduktion erreichte 1995 mit rund 540.000 Fertigstellungen im Neubau ihren Höhepunkt. Seitdem ist ein konstanter und drastischer Rückgang zu verzeichnen; 2008 sind nur noch rund 156.000 Wohnungen neu fertig gestellt worden. Diese Entwicklung ist nicht zuletzt auf die deutliche Verschlechterung der staatlichen Rahmenbedingungen (u. a. Wegfall der degressiven AfA, Erhöhung der Grunderwerbsteuer, Verlängerung der Spekulationsfrist, Begrenzung der Verlustverrechnung zwischen den Einkunftsarten, Wegfall der Eigenheimzulage) zurückzuführen.

Begründet wurde der nahezu komplette Rückzug der Politik aus der Wohnungsbauförderung vor allem mit zwei Argumenten: Zum einen seien auf nahezu allen Teilmärkten die Nachfrageüberhänge abgearbeitet worden, regional würden Leerstände bestehen. Zum zweiten würde die demografische Entwicklung dafür sorgen, dass langfristig der Bedarf nach Wohnraum zurückgeht. Diese Argumentation verkennt allerdings folgende Tatsachen:

- Die Zahl der privaten Haushalte als relevanter Nachfrageparameter wird bis zum Jahr 2020 noch ansteigen.
- Die Nachfrage nach Wohnfläche (Quadratmeter je Bewohner) wird auch zukünftig im Trend deutlich zulegen.
- In einigen Ballungsgebieten besteht mittlerweile wieder ein Nachfrageüberhang auf dem Mietwohnungsmarkt.
- Ein wachsender Teil des Wohnungsbestandes ist nicht mehr sanierungsfähig und muss durch Neubau ersetzt werden.

Es ist unstrittig, dass auf Dauer ein jährliches Fertigstellungsniveau von 250.000

Fortsetzung Seite 4



## Trends und Märkte

Baukonjunkturdaten Niedersachsen/Bremen ■ Halbjahresvergleich									
BEREICH	NIEDERSACHSEN				BREMEN				
Beschäftigte im Durchschnitt	Jan.-Juni 2007	Jan.-Juni 2008	Jan.-Juni 2009	%-Veränd. z. Vorj.	Jan.-Juni 2007	Jan.-Juni 2008	Jan.-Juni 2009	% -Veränd. z. Vorj.	
	72.771	72.277	70.664	-2,2	3.792	3.732	3.658	-2,0	
<b>Baugewerbl. Umsatz im 1.000 EUR</b>									
Wohnungsbau	1.242.720	1.162.879	1.087.729	-6,5	33.509	47.740	51.184	7,2	
Gewerblicher Bau	1.376.265	1.675.489	1.561.327	-6,8	92.854	135.628	93.642	-31,0	
Öffentlicher Hochbau	152.719	175.934	177.374	0,8	13.183	11.543	10.384	-10,0	
Straßenbau	351.484	429.400	452.534	5,4	28.360	32.821	34.377	4,7	
Sonstiger Tiefbau	353.266	376.100	315.864	-16,0	30.879	48.008	40.999	-14,6	
<b>Insgesamt</b>	<b>3.476.454</b>	<b>3.819.802</b>	<b>3.594.828</b>	<b>-5,9</b>	<b>198.785</b>	<b>275.740</b>	<b>230.586</b>	<b>-16,4</b>	
<b>Geleistete Arbeitsstunden im 1.000 EUR</b>									
Wohnungsbau	18.299	16.678	14.189	-14,9	540	474	377	-20,5	
Gewerbl. Bau	14.142	15.398	14.360	-6,7	891	893	776	-13,1	
Öffentl. Hochbau	1.886	1.970	1.869	-5,1	130	112	108	-3,6	
Straßenbau	4.387	4.550	4.314	-5,2	382	388	307	-20,9	
Sonst. Tiefbau	3.599	3.910	3.200	-18,2	165	161	180	11,8	
<b>Insgesamt</b>	<b>42.313</b>	<b>42.506</b>	<b>37.932</b>	<b>-10,8</b>	<b>2.108</b>	<b>2.028</b>	<b>1.748</b>	<b>-13,8</b>	
<b>Auftragseingänge* im 1.000 EUR</b>									
Wohnungsbau	400.950	336.756	346.624	2,9	10.343	15.857	14.233	-10,2	
Gewerbl. Bau	1.199.718	1.465.673	1.251.967	-14,6	112.673	106.017	51.090	-51,8	
Öffentl. Hochbau	135.072	147.805	202.651	37,1	10.583	19.287	6.714	-65,2	
Straßenbau	358.319	431.975	536.270	24,1	23.610	29.503	22.996	-22,1	
Sonst. Tiefbau	336.785	450.100	412.705	-8,3	38.987	22.610	34.813	54,	
<b>Insgesamt</b>	<b>2.430.844</b>	<b>2.832.309</b>	<b>2.750.217</b>	<b>-2,9</b>	<b>196.196</b>	<b>193.274</b>	<b>129.846</b>	<b>-32,8</b>	
<b>Baugenehmigungen in 1.000 cbm Rauminh. Neub.</b>									
Wohnungsbau gesamt	3.874	3.894	3.681	-5,5	227	266	194	-27,1	
1- und 2-Familienhäuser	3.185	3.206	2.979	-7,1	136	129	83	-35,7	
Mehrfamilienh. u. Wohnheime	689	688	702	2,0	91	137	111	-19,0	
<b>Nichtwohnbau gesamt</b>	<b>9.578</b>	<b>13.919</b>	<b>9.549</b>	<b>-31,4</b>	<b>915</b>	<b>1.687</b>	<b>639</b>	<b>-62,1</b>	
Anstalts-, Büro- u. Verwgeb., Fabrik-, Werkstatt-, Handels- + Lagergeb., Hotels u. Gastst., sonstige	9.068	13.019	8.682	-33,3	813	1.605	565	-64,8	
davon Nachfrager:									
Öffentliche Bauherren**	441	405	731	80,5	72	33	176	433,3	
Unternehmen	8.850	13.378	8.705	-34,9	817	1.631	458	-71,9	
Private Bauherren	287	136	113	-16,9	26	23	5	-78,3	
<b>Wohn- und Nichtwohnbau gesamt</b>	<b>13.452</b>	<b>17.813</b>	<b>13.230</b>	<b>-25,7</b>	<b>1.142</b>	<b>1.953</b>	<b>833</b>	<b>-57,3</b>	

\* Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten  
 \*\* inkl. Organisationen ohne Erwerbszweck  
 Quellen: Landesbetrieb für Statistik und Kommunikationstechnologie Niedersachsen Statistisches Landesamt Bremen  
 Eigene Berechnungen · Bearbeitung: Rainer Seebald

### Fortsetzung Seite 3

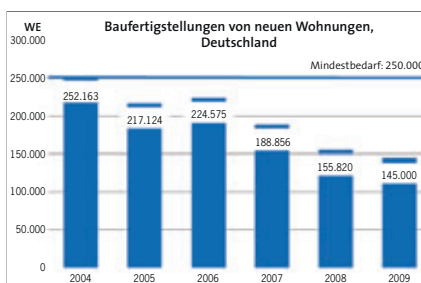
bis 300.000 Wohnungen erforderlich ist, um die Nachfrage zu decken. Davon sind wir mit 156.000 Fertigstellungen 2008 und einer noch niedrigeren Zahl im laufenden Jahr weit entfernt.

In dieser Situation wenden sich die Verbände und die Gewerkschaft des deutschen Baugewerbes an die Politik mit der Forderung nach einer Verbesserung der Rahmenbedingungen für den Wohnungsbau. Nach Ansicht der Verbände ist mittelfristig das von Prof. van Suntum entwickelte Optionsmodell zur nachgelagerten Besteuerung von in Wohnimmobilienfinanzierung eingebrachten Eigenkapitalanteilen und Tilgungsleistungen das optimale Instrument zur Förderung des Wohnungsneubaus wie auch der Bestandsmaßnahmen. Als kurzfristig umzusetzende Maßnahmen schlagen Verbände und Gewerkschaft folgende Lösungsansätze, getrennt nach Neubau und Bestand, vor:

Im Rahmen von Neubaumaßnahmen:

- Verdoppelung des Abschreibungssatzes im Mietwohnungsbau für die ersten 5 Jahre von 2 % auf 4 %, dann 20 Jahre 2 %, dann 25 Jahre 1,6 %

- Auflegung eines KfW-Förderprogramms für den Abriss und Neubau eines Gebäudes bei nicht mehr sanierungsfähigen Wohnungsbauten.
- Auch die Bundesländer sind durch eine Aufstockung der ihnen zur Verfügung stehenden Bundesmittel für die soziale Wohnraumförderung (518 Millionen Euro bis 2013) in gleicher Höhe aufgefordert, einen Beitrag zur Verbesserung der Wohnungsversorgung zu leisten.



Im Rahmen von Bestandsmaßnahmen:

- Die Arbeitskosten bei Handwerkerleistungen im Wohnungsbestand sind in die Regelung des § 35 a Abs. 2 EStG mit einem Fördervolumen von 20.000 Euro einzubeziehen. Dies führt zu einer Steuerermäßigung von 4.000 Euro (20 % von 20.000 Euro). Die Steuerersparnis

- erhöht sich auf 5.000 Euro (25 % von 20.000 Euro) für nachgewiesene Arbeitskosten für energetische Sanierungsmaßnahmen bei Einhaltung der jeweils geltenden Energieeinspar-Verordnung
- Erhöhung, zumindest aber Verstetigung der KfW-Programme zur CO2-Gebäude-sanierung über 2011 hinaus
- Ausbau und Verstetigung der Förderung des KfW-Programms „Seniengerechtes Wohnen – Altengerecht Umbauen“.
- Schaffung einer rechtlichen Regelung, so dass Einsparungen von Energiekosten durch Sanierungsmaßnahmen auch dem Vermieter zu Gute kommen. Die wirtschaftlichen Anreize für Investoren zur energetischen Sanierung sind nach geltendem Mietrecht unzureichend.
- Wird in der nächsten Legislaturperiode über neue Strukturen bei der Mehrwertsteuer diskutiert, müssen die Leistungen der Bauwirtschaft in diese Überlegungen einbezogen werden.

### Impressum

Druckerei Gebrüder Höltje GmbH  
 Escherstraße 22, 30159 Hannover  
 Telefon (05 11) 70 08 60  
 Telefax (05 11) 7 00 86 86  
 ISDN (05 11) 7 00 86 71  
 Norddeutsche Landesbank  
 Girozentrale  
 Konto 101020 964, BLZ 250 500 00

Sparkasse Hannover  
 Konto 547 646, BLZ 250 501 80  
 Verantwortlich: Dr. Hans-Peter Sattler

Nachdruck, auch auszugsweise gestattet. Quellenangabe und Belegexemplare erbeten.